

sitive Haltung des Papstes, verteidigte aber gleichzeitig den Anspruch Beijjings auf die Ernennung von Bischöfen.

Skeptischer äußerte sich ein Priester aus Hongkong. Er gehe nicht davon aus, dass die Ernennung von Bischöfen durch den Vatikan wie in 173 anderen Ländern auch von China anerkannt würde.

Kritik rief auch der Wunsch des Papstes nach Offenlegung des päpstlichen Mandats durch die Untergrundbischöfe hervor. Nach einer langen Zeit der Verfolgung von Mitgliedern der Untergrundkirche durch den chinesischen Staat sei ein Dialog mit der staatlichen Kirche nicht nur für den Einzelnen schwierig, sondern mitunter auch gefährlich.

Offiziell reagierte China distanziert auf den Vorstoß des Papstes. Das Außenministerium teilte mit, der Vatikan solle konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen unternehmen, anstatt neue Hindernisse aufzubauen. China fordert vom Vatikan den Abbruch der Beziehungen mit Taiwan, die Anerkennung der Ein-China-Politik und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes unter dem Vorwand der Religion. Vor allem die Forderung nach der freien Ernennung der Bischöfe durch den Vatikan wird von chinesischer Seite als Eingriff in die innerchinesischen Angelegenheiten angesehen.

Die regierungsnahе Zeitung *Wen Wei Po* zitierte eine hochrangige Persönlichkeit, die das Schreiben des Papstes als inakzeptabel und unflexibel bezeichnet. Vor allem in der zentralen Frage nach der Bischofsernennung seien weder der Vatikan noch China kompromissbereit. Darüber hinaus habe der Papst die Frage nach den Beziehungen

mit Taiwan bewusst ausgelassen, sodass in den entscheidenden Punkten keine Annäherung erfolgt sei. Eine Verbesserung der Beziehungen aufgrund des Papstbriefes sei derzeit daher nicht realistisch.

Somit hat der Brief des Papstes sein Ziel der Annäherung mit China nicht erreicht. Die Kritik von chinesischer Seite deutet vielmehr auf ein weiterhin angespanntes Verhältnis zwischen der Regierung in Beijing und dem Vatikan hin.

Unter dem Hinweis, dass das Schreiben des Papstes im Internet verfügbar sei, wurde der Brief von der staatlichen Kirche in China nicht veröffentlicht. Die chinesische Regierung hatte den Zugang zu dem Hirtenbrief jedoch kurz nach seiner Veröffentlichung auf allen Internetseiten in China blockiert. Offiziell verkündete China weiterhin die Bereitschaft zum konstruktiven Dialog mit dem Vatikan. (XNA, 30.6.07; SCMP, 1.7.07; WSJ, 3.7.07; *Wen Wei Po*, 5., 9.7.; *Welt online*, 3.7.07; IHT, 2.7.07; NZZ, 3.7.07; FAZ, 2.7.07) (Björn Lindemann)

Innenpolitik

Heike Holbig

„Wichtige Rede“ Hu Jintaos – Einschwörung auf den XVII. Parteitag

Zahlreiche Ansprachen der Parteispitze werden im offiziellen Pressejargon der Volksrepublik als „wichtige Reden“ markiert. Dass es sich bei einer Rede von Partei- und Staatschef Hu Jintao vor der Zentralen Parteschule am 25. Juni 2007 aber um

eine besonders „wichtige Rede“ handelte, wurde erst aus der aufwändigen Dokumentierung im staatlichen Fernsehen und in der Parteipresse deutlich. Über mehrere Wochen hinweg transportierte etwa die *Volkszeitung* den Wiederhall dieser Rede in Gestalt von Leitkommentaren, Theoriebeiträgen und den repetitiven Aufrufen anderer hochrangiger Politiker, Hu Jintaos Rede gewissenhaft zu studieren.

Die internationale Presse nahm die Bedeutung der Rede zwar zur Kenntnis, deutete ihre inhaltliche Relevanz aber meist im Licht aktueller Skandale und gesellschaftlicher Probleme, was zu einem bunten Reigen von Lesarten führte. So sahen manche in der Rede Hu Jintaos einen entschlossenen Aufruf zur Korruptionsbekämpfung, andere ein Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, wieder andere die lang erwartete Einsicht der Parteiführung in die Notwendigkeit einer Demokratisierung des politischen Systems.

Tatsächlich scheint die Rede Hu Jintaos auf den ersten Blick als ein Sammelsurium meist altbekannter ideologischer Versatzstücke und parteipolitischer Slogans, das für Interpretationen aller Art offen ist. Bei genauerer Analyse der Inszenierung von Hu Jintaos „wichtiger Rede“ lässt sich die Beliebigkeit ihrer Deutung jedoch erheblich reduzieren und ihre eigentliche parteipolitische Signifikanz herausarbeiten. Diese lässt sich auf drei Ebenen festmachen: erstens auf der institutionellen Ebene, also in Fragen des Zeitpunkts und Settings der Rede; zweitens auf der ideologischen Ebene, also in Fragen der rhetorischen Codierung von Kernaussagen; und drittens schließlich auf der Ebene der parteipoliti-

schen Kursbestimmung durch eine Abgrenzung von links- und rechtsgerichteter Kritik am Kurs der Parteispitze.

Auf der institutionellen Ebene ist zunächst zu sehen, dass Hu Jintao mit seiner Rede einer Tradition von Ansprachen vor der versammelten Führungselite in den Räumen der Zentralen Parteischule folgte, die sein Vorgänger Jiang Zemin im Juni 1992, damals im Vorfeld des XIV. Parteitags der KPCh, begonnen hatte. Auch im Mai 1997 und im Mai 2002, also jeweils wenige Monate vor dem XV. bzw. XVI. Parteitag, fanden sich die Vertreter der Parteiführung in der Zentralen Parteischule ein, um „wichtigen Reden“ Jiang Zemin zu lauschen. In allen drei Fällen war die Hauptfunktion der Rede offensichtlich, die Parteielite ideologisch zu einen und auf den „Geist“ des bevorstehenden Parteitags einzuschwören. Auch die diesjährige Rede Hu Jintaos dürfte in erster Linie diese Funktion erfüllt haben. So waren nach Presseangaben neben dem vollständigen Politbüro der Partei auch sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der KPCh nach Beijing beordert worden – zu einem Zeitpunkt, als die Benennung der Delegierten zum XVII. Parteitag in den 31 Provinzeinheiten und damit die Zusammensetzung des im Herbst neu zu konstituierenden Zentralkomitees im Wesentlichen gerade abgeschlossen war. Somit ist davon auszugehen, dass sich im Publikum insbesondere auch die „Neulinge“ des XVII. Zentralkomitees der KPCh befunden haben, die damit wohl ihre „erste Weihe“ in diesem wichtigen Gremium und mit dem Redemanuskript ihr vornehmstes Studienobjekt zur Vorbereitung auf den kommenden Parteitag erhalten haben dürf-

ten.

Auf der ideologischen Ebene ergibt sich aus dem rhetorischen Aufbau der Rede als ihre Hauptbotschaft der Anspruch des nunmehr seit fünf Jahren an der Spitze der Partei stehenden Hu Jintao, im Gefolge seiner Vorgänger Deng Xiaoping und Jiang Zemin ein ideologisches Vermächtnis zu etablieren, das die kollektive Weisheit der KPCh theoretisch weiterentwickelt und zu gegebenem Zeitpunkt Eingang in ihr Parteistatut finden könnte. Schien es zuletzt, dass die seit Anfang 2004 von Hu Jintao geprägte Programmatik einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ für eine solche Kanonisierung ausersehen worden sei, so nimmt in der jüngsten Rede Hus nun das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ (*kexue fazhan guan*), dessen Formulierung der „harmonischen Gesellschaft“ zeitlich um ein knappes Jahr vorausgegangen, dann aber konzeptionell eng mit diesem verbunden war, den prominenten Platz ein. So liest sich die Rede als Einübung in die neue formelhafte Aneinanderreihung von „Deng Xiaoping-Theorie“, dem „wichtigen Gedanken der ‚Dreifachen Repräsentation‘“ (Jiang Zemins Beitrag zur Parteitheorie) und dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ Hu Jintaos. Herausgestrichen wird die hohe Bedeutung dieses Konzepts, indem nunmehr – nach fast fünf Jahren seiner Einführung – die „vertiefte Implementierung“ (*shenru guanche*) desselben gefordert wird. Wie bereits an anderen Stellen ausgeführt besteht das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ in Strategien zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei gleichzeitigem Ausgleich sozialer Diskrepanzen und der Berücksich-

tigung ökologischer Ziele. Das Attribut „wissenschaftlich“ bezeichnet dabei weniger den Einbezug wissenschaftlicher Expertise in die Ausarbeitung des Konzepts als vielmehr den Anspruch der Parteiführung auf das theoretische Erkenntnismonopol bei dessen Formulierung – aus dem sich wiederum auch das politische Führungsmonopol bei der Umsetzung dieser Erkenntnis ableitet. Die Vorbereitung für eine Kanonisierung des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ als parteitheoretischem Beitrag Hu Jintaos signalisiert zugleich, dass dessen Status innerhalb der Führungselite der Partei nur fünf Jahre nach Amtsantritt gut konsolidiert ist.

Interessanterweise wird das Ziel wirtschaftlicher Entwicklung rhetorisch eng mit dem Ethos der Volksnähe verknüpft, den sich Hu Jintao seit seinem Amtsantritt ebenfalls zu eigen gemacht hat. So lautet ein neuer Slogan: „Entwicklung für das Volk, Entwicklung im Verlass auf das Volk und Beteiligung des Volkes an den Früchten der Entwicklung“ (*fazhan weile renmin, fazhan yikao renmin, fazhan chengguo you renmin xiangshou*). Auch wird das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ an zahlreichen Stellen direkt mit dem Motto gesellschaftlicher Harmonie verknüpft, sodass die Hu Jintao zugeschriebenen Ziele des sozialen Ausgleichs und sozialer Gerechtigkeit in der Rede ebenfalls gebührenden Platz finden.

Auf der parteipolitischen Ebene schließlich finden sich in der Rede verschiedene Anzeichen einer gezielten Abgrenzung gegenüber Kritik an dem unter Hu Jintao eingeschlagenen politischen Kurs, wie sie im Vorfeld des bevorstehenden Parteitags

aus konservativen ebenso wie aus liberalen Parteikreisen mit besonderer Lautstärke geäußert wird. Soweit sich einzelnen, in den vergangenen Wochen an die Öffentlichkeit gedruckten Dokumenten entnehmen lässt, ist eine kontroverse Debatte zwischen links- und rechtsgerichteten Parteivertretern über die politische Zukunft des Landes entbrannt. So publizierte die liberale Monatszeitschrift *Yanhuang Chunqiu* in ihrer Juli-Ausgabe eine scharfe Kritik an Hu Jintaos Politik, die die Forderungen Deng Xiaopings nach einer konsequenten Umsetzung politischer Reformen, insbesondere nach einer Beschränkung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei und einer Trennung zwischen Partei und Regierung missachte. Statt auf dem unter Deng Xiaoping eingeschlagenen Demokratisierungskurs fortzuschreiten, habe die Partei seit 1989 auf diesem Feld bedenkliche Rückschritte gemacht und damit ein beispielloses Maß an sozialer Ungleichheit und Korruption erzeugt, die früher oder später zu einer politischen Krise führen müssten. Auch Xie Taos im Frühjahr publizierter Vorschlag für einen „demokratischen Sozialismus“ nach skandinavischem Vorbild scheint dieser Kritikströmung zuzuordnen zu sein (C.a., 3/2007:107-109).

Postwendend erschien auf der konservativen Website *Maoflag.net* ein von 17 Parteiveteranen und -theoretikern unterzeichneter offener Brief an Hu Jintao und das Zentralkomitee der KPCh. Darin wurde der Parteiführung vorgeworfen, mit ihren Zugeständnissen an Kapitalismus und ausländische Wirtschaftsinteressen den Sozialismus ebenso wie die nationalen Interessen des Landes zu verraten. Korruption, Ar-

beitslosigkeit, die wachsende Einkommensschere und das gesellschaftliche Unruhepotenzial zeigten, dass die Parteiführung ihre Orientierung verloren habe und die „sozialistische Sache“ vor dem Ruin stehe. Gefordert wurden unter anderem die Rückkehr zur traditionellen Ideologie des Marxismus bzw. Maoismus und eine klare Distanzierung der KPCh von Vertretern des Kapitalismus. Interessanterweise enthielt der offene Brief auch die Forderung nach parteiinternen Konkurrenzahlen zum Amt des Generalsekretärs der KPCh und zum Zentralkomitee der Partei.

Konfrontiert mit derart kritischen Strömungen liberaler wie konservativer Parteikreise, wie sie in diesen beiden Dokumenten reflektiert werden, erscheint Hu Jintaos Rede als ein delikater politischer Balanceakt: Zum einen erteilt er den liberalen Befürwortern einer radikalen Demokratisierung des politischen Systems im westlichen Sinne eine implizite Abfuhr. So betont er unter dem Schlagwort der „sozialistischen Demokratie“, dass man diese in einer „aktiven, doch zugleich vorsichtigen“ Weise entwickeln müsse, die der kontinuierlich wachsenden politischen Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung angemessen sei, dabei aber keinesfalls das Führungsmonopol der KPCh aufgeben dürfe. Zum anderen weist er die Möglichkeit einer Rückkehr zu marxistischer bzw. maoistischer Ideologie zurück, indem er zentrale Elemente aus Deng Xiaopings pragmatischem Reformkurs als „unumstößlich“ bezeichnet und die Fortsetzung des Reformkurses und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes als langfristiges Hauptziel des „Sozialismus chinesischer Prägung“ definiert.

Hu Jintaos Position an der Spitze der Partei dürfte durch die Kritik nicht gefährdet sein; die Ventilierung dissenter Positionen im Vorfeld des Parteitags könnte im Gegenteil dem Kalkül folgen, potenziellen Widersachern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das Aufeinanderprallen der extremen Gegenpositionen zeigt jedoch die wachsende Schwierigkeit des politischen Drahtseilaktes, den die Parteiführung zwischen pragmatischer Wirtschaftsentwicklung und Aufrechterhaltung des ideologischen Selbstverständnisses und Führungsmonopols der KPCh vollführt. (RMRB, 26., 28., 29., 30.6., 1., 2., 3., 4., 5.7.07; Xinhua, 25., 27.6.07, nach BBC PF, 27., 29.6.07; XNA, 25.6.07; SCMP, 26.6., 4., 16., 17., 23.7.07; ST, 29.6., 19., 21.7.07; DGB, 26.6.07, nach BBC PF, 28.6.07; WSJ, 26., 27.6.07; FT, 27.6.07; *Wen Wei Po* website, 5.7.07, nach BBC PF, 7.7.07)

Todesstrafe für Direktor der Staatlichen Lebens- und Arzneimittelaufsicht

An Zheng Xiaoyu, dem ehemaligen Direktor des Staatlichen Aufsichtsamtes für Lebens- und Arzneimittel, wurde im Juli 2007 die wenige Wochen zuvor verhängte Todesstrafe vollstreckt. Der 62-jährige Zheng war für schuldig befunden worden, unter Missbrauch seines Amtes gemeinsam mit seinen Familienangehörigen von acht Pharmaunternehmen Bestechungsgelder in Höhe von insgesamt 6,5 Mio. CNY für eine Aufweichung der Lizenzverfahren für Medikamente entgegengenommen und seine Amtspflichten in schwerwiegender Weise vernachlässigt zu haben.

Mit Zheng Xiaoyu wurde nach Cheng

Kejie, Hu Changqing und Wang Huai-zhong der vierte ranghohe Vertreter des chinesischen Parteistaats oberhalb der Vizeministerebene seit dem Jahr 2000 hingetrichtet. Das schwere Strafmaß wurde vom Obersten Volksgerichtshof, der das Urteil nach einem vorangehenden Berufungsverfahren über zwei Instanzen abschließend bestätigte, damit begründet, dass Zheng Xiaoyu neben dem Tatbestand der Korruption mit seinem Verhalten enormen Schaden für das Land und die Gesundheit der Bevölkerung in Kauf genommen habe. Gegen mehrere frühere Sekretäre und Mitarbeiter Zheng Xiaoyus wurden ebenfalls hohe Strafen verhängt, darunter ein Todesurteil mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub und mehrere langjährige Haftstrafen.

Der 1944 geborene Zheng Xiaoyu, der an der renommierten Shanghaier Fudan-Universität Biologie studiert hatte, hatte seine berufliche Laufbahn im Pharmasektor durchlaufen. Seit Mitte der 1990er Jahre arbeitete er im Bereich der staatlichen Arzneimittelaufsicht, wo er sich bald mit Vorschlägen für eine selbstständige Regulierungsbehörde mit eigenen Verbraucherschutzkompetenzen hervortat. Als im Jahr 1998 dann das staatliche Aufsichtsamt für Arzneimittel eingerichtet wurde, rückte Zheng zu deren Leiter auf und erwarb sich durch Reformen bei der Standardisierung von Produktions- und Lizenzverfahren für Arzneimittel sowie beim Aufbau der chinesischen Pharmaindustrie als Exportsektor zahlreiche Meriten. Im Jahr 2003 erhielt seine Behörde außerdem die Kompetenz der staatlichen Lebensmittelaufsicht und damit über einen notorisch problem-

geplagten Sektor. Über die Jahre wurde Zheng, der als intelligent und naiv zugleich beschrieben wurde, zum Opfer der im Pharma- und Gesundheitssektor weit verbreiteten Bestechungspraktiken, von denen er auch seine Familienmitglieder profitieren ließ. Mitte 2005 trat er im Alter von 60 Jahren in den Ruhestand, was damals bereits als Hinweis auf erste Korruptionsermittlungen gegen ihn gewertet wurde. Anfang 2007 wurde er verhaftet und der Justiz überstellt. Am 29. Mai erging von einem Beijinger Gericht das Todesurteil gegen ihn, das am 12. Juni auf zweiter Instanz und am 22. Juni vom Obersten Volksgerichtshof bestätigt und am 10. Juli schließlich vollstreckt wurde.

Die Hinrichtung Zheng Xiaoyus fand vor dem Hintergrund zahlreicher Skandale im Bereich mangelnder Arznei- und Lebensmittelsicherheit statt, die sich in den vergangenen Wochen und Monaten gehäuft hatten. Neben den seit Jahren beklagten Gefahren für Gesundheit und Leben heimischer Konsumenten, die von in China erzeugten Lebensmittel- und Pharmaprodukten ausgehen, wurden zuletzt vermehrt auch internationale Importeure chinesischer Produkte durch verschiedene Skandale alarmiert. In den USA sorgte ein mit giftigen Zusatzstoffen versehenes Haustierfutter für Furore, an dem mehrere Hunde und Katzen verendeten. Giftige bzw. krankheitserregende Stoffe wurden außerdem in von den USA importierten Zahnpasten, Seefrüchten und Säften gefunden. Im vergangenen Jahr waren in Panama mehrere Dutzend Menschen gestorben, nachdem sie einen Hustensaft chinesischer Herkunft eingenommen hatten.

Neben der allgemeinen Korruptionsanfälligkeit der innerhalb weniger Jahre rasch kommerzialisierten Sektoren sind es verschiedene strukturelle Probleme, die die betroffenen Industrien plagen. Zunächst ist die schiere Quantität der Produzenten zu nennen; so sind statistisch knapp 450.000 lebensmittelproduzierende Gewerbe verzeichnet, von denen knapp 80% über weniger als zehn Beschäftigte verfügen, sodass hygienische und andere Produktionsstandards hier kaum einzuhalten sind. Auch weist das Vertriebssystem für Lebensmittel ohne auch nur annähernd ausreichende Kapazitäten für Kühltransporte und ohne jegliches Rückverfolgungs- und Rückrufsystem für Lebensmittel starke Defizite auf. Regularien zur Lebens- und Arzneimittelaufsicht sind lückenhaft und veraltet, vor allem aber wird ihre effiziente Umsetzung dadurch behindert, dass sich die administrativen Kompetenzen in diesem Bereich über verschiedene staatliche Verwaltungsorgane verteilen, zwischen denen die Arbeitsteilung nicht immer geklärt ist. So ist das Landwirtschaftsministerium formell zuständig für die Überwachung von Agrarprodukten, das Gesundheitsministerium für die Hygieneaufsicht in Gaststätten, das Handelsministerium für die Überwachung des Vertriebs von Lebensmitteln, das Staatliche Verwaltungsamt für Qualitäts- und Technologieüberwachung und Quarantäne, das Staatliche Aufsichtsamt für Lebens- und Arzneimittel schließlich für die allgemeine Überwachung und die zwischenbehördliche Koordination, insbesondere auch bei akuten Verletzungen der Lebensmittelsicherheit. Wie in vielen anderen Bereichen der Ministerialbürokratie ist auch dieser

Bereich von zahlreichen konkurrierenden und überlappenden Kompetenzen geprägt.

Im Gefolge der jüngsten Skandale befürchtet die chinesische Regierung empfindliche Rückschläge bei den Exporten und damit mögliche umfängliche Arbeitsplatzverluste in diesen volkswirtschaftlich sehr wichtigen und arbeitsintensiven Sektoren. Befürchtet wird außerdem ein Imageschaden für chinesische Exportprodukte allgemein, der wiederum den Vorwand für neue Handelsbarrieren internationaler Handelspartner bilden könnte. Nicht zuletzt bangt man auch um das Image der Volksrepublik China als Gastgeberland der Olympiade 2008.

Entsprechend breit ist das Spektrum an Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arzneimittelsicherheit, das die chinesische Regierung in den vergangenen Wochen ergriffen bzw. angekündigt hat. Dazu gehören die Bildung einer neuen Führungsgruppe des Staatsrats zur Koordination der Arbeit der verschiedenen zuständigen Verwaltungsbehörden, die Überarbeitung bzw. Verabschiedung schärferer Regularien im Bereich der Lebens- und Arzneimittelaufsicht, die Schließung mehrerer größerer Pharmaunternehmen sowie zahlreicher kleiner Lebensmittelproduzenten – bis zum Jahr 2010 soll deren Zahl auf die Hälfte reduziert werden – und die Zusage hoher finanzieller Prämien für Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Aufdeckung von Problemfällen führen. Im Exportbereich wurden unter anderem die Einführung eines einheitlichen Prüflabels für Lebensmittelexportprodukte ab September d.J. und die Bildung von bilateralen und multilateralen Foren zur Lebensmittelsicherheit gemeinsam

mit den wichtigsten internationalen Handelspartnern in Aussicht gestellt. Im Vorfeld der Olympiade im Sommer 2008 wird ein spezielles Monitoring-System erprobt, das die Versorgung mit unbedenklichen Nahrungsmitteln während des Großereignisses in der Hauptstadt sicherstellen soll. (Xinhua, 10., 11.7.07, nach BBC PF, 13., 14.7.07; XNA, 21.6., 10., 12., 27.7.07; SCMP, 30.5., 7., 11.7.07; WSJ, 29.5., 21.6., 9., 10., 13., 20.7.07; *Ming Pao*, 16.6.07, nach BBC PF, 19.7.07; ST, 30.5., 4.6., 11., 28.7.07; IHT, 30.5., 7./8.7.07; 11., 13.7.07; FT, 5., 11., 24.7.07; FAZ, 30.5., 11.7.07; NZZ, 11.7.07)

Tod des Politbüromitglieds Huang Ju

Nach mehrjähriger schwerer Krankheit starb Huang Ju, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh und Stellvertretender Ministerpräsident, am frühen Morgen des 2. Juni im Alter von 68 Jahren in einem Beijinger Krankenhaus. Seine Erkrankung an Bauchspeicheldrüsenkrebs war Ende 2005 bekannt geworden, doch war er formal bis zum Tod in seinen politischen Ämtern verblieben. Zuletzt war er noch als Delegierter zum XVII. Parteitag der KPCh im Herbst dieses Jahres nominiert worden. Huang Jus letzter internationaler Auftritt war auf dem World Economic Forum in Davos im Jahr 2005; der heimischen Öffentlichkeit hatte er sich zuletzt anlässlich der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2007 gezeigt. Nachdem er zunächst in einem Shanghaier Krankenhaus medizinisch betreut worden war, wurde er im Frühjahr in das Militärkrankenhaus der Hauptstadt

verlegt, offensichtlich auch mit der Absicht, die Übergabe der Amtsgeschäfte und die Kondolenzbesuche seiner Kollegen zu erleichtern.

Huang Ju war im September 1938 in der Provinz Zhejiang geboren worden. Er absolvierte ein ingenieurwissenschaftliches Studium an der renommierten Qinghua-Universität in Beijing, trat 1966 der KPCh bei und durchlief danach in Shanghai eine für seine Generation typische technokratische Karriere. Nach verschiedenen Leitungsfunktionen in Staatsbetrieben und in der Verwaltung Shanghais wurde er im April 1991 zum Bürgermeister von Shanghai ernannt. Zwischen September 1994 und Oktober 2002 wirkte er als Parteisekretär der Stadt, bis er auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 schließlich in den Ständigen Ausschuss des Politbüros des ZK der KPCh berufen und im März des folgenden Jahres als Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für Wirtschaft und Finanzwesen bestellt wurde. In der Parteihierarchie nahm er seither den sechsten Platz ein.

Im offiziellen Nachruf wurde Huang Ju als „exzellentes Mitglied der KPCh, lang erprobter und treuer kommunistischer Kämpfer und ausgezeichnete Führungsgestalt von Partei und Staat“ gewürdigt – eine im Parteijargon durchaus ruhmvolle Verknüpfung von Attributen, die zugleich allerdings keinen Hinweis auf seine wirtschaftspolitische Arbeit enthält. Seiner Beisetzung, die am 5. Juni in Beijing stattfand, wohnte neben sämtlichen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros auch der ehemalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin bei, der sich auf den entsprechenden

Medienbildern prominent direkt hinter seinem Nachfolger Hu Jintao eingereiht hatte. Die Zeremonie war betont schlicht gehalten; auf die beim Tod hochrangiger Parteipolitiker sonst übliche Fernsehübertragung einer ausführlichen Würdigung des Verstorbenen wurde verzichtet.

Die Hongkonger Presse wertete diese mediale Inszenierung des Abschieds von Huang Ju als Kompromiss zwischen der Shanghai-Fraktion um Jiang Zemin, die mit Huang einen ihrer einflussreichsten Vertreter verloren habe, und der Fraktion Hu Jintaos, der bestrebt sei, dessen Tod zum Ausbau seiner politischen Machtbasis zu nutzen. Entgegen hartnäckiger Gerüchte um eine Verstrickung Huang Jus in den Skandal um den Missbrauch des Shanghai-Rentenfonds, dem zuletzt der Shanghai-Parteisekretär Chen Liangyu und damit ein weiterer Vertreter der Shanghai-Fraktion im Politbüro zum Opfer gefallen war (C.a., 5/2006:103-106, 2/2007:128-130 sowie folgende Dokumentation) habe Jiang Zemin auf einem „tadellosen“ Nachruf bestanden und im Gegenzug eingewilligt, beim Begräbnis Huangs auf den üblichen zeremoniellen Aufwand zu verzichten.

Angesichts des in wenigen Monaten bevorstehenden XVII. Parteitags der KPCh scheint es wenig wahrscheinlich, dass noch zuvor ein Nachfolger in seinen Funktionen in Partei und Regierung benannt wird. (XNA, 2.6.07; Xinhua, 5.6.07, nach BBC PF, 7.6.07; *Ming Pao* website, 31.5.07, nach BBC PF, 1.6.07; WSJ, 1.6.07; ZTS, 2.6.07, nach BBC PF, 3.6.07; ST, 3., 6.6.07; *P'ing Kuo Jih Pao*, 3.6.07, nach BBC PF, 7.6.07)

Chen Liangyu politisches Ende – Übergabe des Korruptionsfalls an die Justiz

Chen Liangyu, der wegen massiver Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Skandal um den Missbrauch des Shanghai-er Rentenfonds im September 2006 von seinem Amt als Parteisekretär der Stadt enthoben worden war (C.a., 5/2006:103-106, 2/2007:128-130), wurde Ende Juli 2007 aus der KPCh ausgeschlossen und aller seiner Partei- und Staatsämter enthoben. Noch im Frühjahr 2007 war er in den Medien als „Genosse“ titulierte worden, was darauf hinwies, dass er zu diesem Zeitpunkt noch nicht aus der Partei ausgeschlossen worden war.

Der jüngste Schritt impliziert, dass die unter dem Diskretionsschirm parteiinterner Untersuchung seit dem letzten Sommer durchgeführten Ermittlungen, während derer der Beschuldigte gegenüber der Justiz noch Immunität genießt, nunmehr abgeschlossen sind. Der seit 1995 größte Korruptionsskandal des Landes wurde damit an die Staatsanwaltschaft übergeben.

Nachdem zunächst internationale Medien über Chen Liangyus Ausschluss aus dem Shanghai-er und dem Nationalen Volkskongress berichtet hatten, folgten kurz darauf die staatlichen chinesischen Medien mit der Nachricht seiner Enthebung von allen Partei- und Regierungsfunktionen. Auch wurden die gegen den 61-jährigen Chen Liangyu erhobenen Korruptionsvorwürfe nun erstmals seit Bekanntwerden des Skandals in den staatlichen Medien explizit benannt. Neben dem Missbrauch von Geldern des Shanghai-er Rentenfonds

und der Bevorteilung von Geschäftsleuten beim Kauf von Staatsbetrieben wird ihm Bestechung, moralische Dekadenz und der Missbrauch seiner Macht für sexuelle Gegenleistungen vorgeworfen. Beobachter prognostizieren ein schweres Strafmaß, etwa eine 20-jährige Freiheitsstrafe, halten aber angesichts des hohen parteipolitischen Ranges des vormaligen Politbüromitglieds Chen Liangyu die Verhängung der Todesstrafe für unwahrscheinlich.

In jedem Fall sind mit den jüngsten Schritten gegen Chen Liangyu Spekulationen der letzten Monate widerlegt, Chen Liangyu könnte als Mitglied der sogenannten Shanghai-Clique durch die Unterstützung seines Patrons Jiang Zemin eine justizielle Verfolgung erspart bleiben und mit einem „blauen Auge“ parteiinterner Disziplinierung davonkommen. Sein Ausschluss aus der KPCh und die Übergabe des Falles an die Staatsanwaltschaft bedeuten vielmehr das absolute Ende seiner politischen Karriere und signalisieren wenige Wochen vor dem XVII. Parteitag der KPCh nicht nur die oft behauptete Entschlossenheit der Parteiführung im Kampf gegen die weit verbreitete Korruption, sondern auch die Entschlossenheit der Führungsspitze um Hu Jintao, sich gegenüber politischem Widerstand konkurrierender Fraktionen durchzusetzen. (XNA, 15.6., 27.7.07; SCMP, 25., 26., 27.7.07; ST, 24., 27.7.07; IHT, 26.7.07)

Aktuelle Mitgliederstatistik der KPCh

Nach zweijähriger Unterbrechung meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua im Juli erneut aktualisierte Detailzah-

len zum Mitgliederstand der KPCh. Ende 2006 verzeichnete die Kommunistische Partei demnach 72,39 Mio. Mitglieder, ein Zuwachs von 1,58 Mio. bzw. 6,8% gegenüber dem Vorjahresstand.

Die statistische Informationslücke der vergangenen beiden Jahre scheint der Durchführung einer ideologischen Kampagne von Beginn 2005 bis Ende 2006 geschuldet zu sein. Unter dem Motto „Bewahrung der Fortschrittlichkeit der Parteimitglieder“ (*baochi dangyuan xianjinxing*) waren in einem hierarchischen Prozedere landesweit alle Parteiorganisationen von der Spitze des Parteistaats bis hinab in lokale und betriebliche Parteizellen „durchforschet“ worden, um veraltete Mitgliedslisten zu bereinigen, die Loyalität bestehender Mitglieder zu festigen, neue Mitglieder zu werben und die organisatorischen Strukturen der Partei insgesamt zu konsolidieren (C.a., 1/2005:58-59).

Ausgesondert wurden insbesondere ehemalige Parteimitglieder, die seit mehr als sechs Monaten nicht mehr an den Aktivitäten der ihnen zugeordneten Parteiorganisationen teilgenommen oder ihre Mitgliedsbeiträge ohne Angabe von Gründen seit längerem nicht mehr bezahlt hatten, sei es aufgrund eines Arbeitsplatzwechsels, Umzugs oder ideologischer Müdigkeit. Neben den natürlichen Mitgliederverlusten durch Tod scheint sich so in den zurückliegenden beiden Jahren ein nicht unbeträchtlicher Mitgliederschwind zu erklären; allein im Verlauf des Jahres 2006 verlor die KPCh nach eigenen Angaben über eine Million Mitglieder.

Wettgemacht wurde dieser Schwund im Jahr 2006 nach offiziellen Angaben

durch insgesamt 2,64 Mio. Neueintritte, 160.000 mehr als im Jahr 2005. Über 19 Mio. Personen hätten im Jahr 2006 die KPCh-Mitgliedschaft beantragt, ebenfalls ein Zuwachs von 6,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Besondere Anstrengungen der Mitgliederrekrutierung waren im privaten Wirtschaftssektor unternommen worden, nachdem im Herbst 2002 die KPCh-Mitgliedschaft von Privatunternehmern offiziell im Parteistatut legitimiert worden war. Demnach sind inzwischen 178.000 Parteibasisorganisationen in Privatunternehmen gegründet worden, ein Zuwachs von 79,8% gegenüber dem Jahr 2002. Zum Ende des Jahres 2006 verzeichnete die KPCh nach eigenen Angaben unter ihren Mitgliedern insgesamt 2,86 Mio. Angehörige von Privatunternehmen – „Arbeitnehmer ebenso wie Arbeitgeber“ – und 810.000 Kleingewerbetreibende. Allgemein wird erwartet, dass sich auch im neu zu konstituierenden Zentralkomitee der KPCh ab Herbst dieses Jahres ein signifikanter Anteil von Vertretern der Privatwirtschaft befinden wird.

Auch unter Hochschulstudenten und -absolventen wurde offensichtlich mit unvermindertem Eifer geworben. Der Anteil von Mitgliedern mit Hochschulbildung wird mit 30,7% an der Gesamtmitgliedschaft angegeben – ein Zuwachs von 1,7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahresstand. Der Zuwachs an weiblichen Mitgliedern, die Ende 2006 34% aller Gesamtmitglieder ausmachten, betrug im Vorjahresvergleich 1,1 Prozentpunkte.

Als ein weiteres Instrument zur Bindung von Parteimitgliedern wurden landesweit Telefonhotlines eingerichtet, mit-

tels derer Personen den Kontakt zur KPCh wiederherstellen sollten, die aufgrund eines Wechsels des Arbeitsplatzes, familiärer oder anderer Umstände ihren Wohnort innerhalb Chinas gewechselt hatten. Über den Erfolg oder Misserfolg dieses Instruments äußerten sich die Quellen nicht; statistisch trat die Gruppe der „Migranten“ nicht in Erscheinung. Eingestanden wurde außerdem, dass die KPCh kaum Kontrolle über jene Mitglieder hat, die sich im Ausland aufhalten. (Xinhua, 9.7.07, nach BBC PF, 11.7.07; XNA, 9., 12., 13., 16., 17.7.07; WSJ, 10.7.07; FT, 18.7.07)

Knappe Kassen für soziale Instabilität auf dem Lande verantwortlich gemacht

In einer an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften durchgeführten Studie zur sozialen Stabilität wird die angespannte Haushaltslage vieler ländlicher Gemeinden als Hauptursache der zahlreichen gesellschaftlichen Proteste benannt, die sich insbesondere in den vergangenen beiden Jahren gehäuft haben.

Betreut wird die Studie von Yu Jianrong, Professor an der Akademie und Experte für Fragen gesellschaftlicher Stabilität, der sich in den vergangenen Jahren auch intensiv mit den Schwächen des chinesischen Petitionssystems auseinandergesetzt hat (C.a., 1/2005:57-58) und daher über einen guten Einblick in die Ursachen der Proteste haben dürfte. Wie Professor Yu zusammenfasste, stehen die ländlichen Kommunen in weiten Teilen Chinas seit Abschaffung der Agrarsteuer vor wachsenden finanziellen Problemen. Maßnahmen zur Verschlankung der kommunalen Verwal-

tungen hätten bislang nicht den erhofften Erfolg gezeigt, sodass die Schere zwischen lokalstaatlichen Einnahmen und Ausgaben immer größer geworden ist. Entsprechend hoch sind die Anreize lokaler Verwaltungsbeamte, neue – oft illegale oder halb legale – Finanzierungsquellen aufzutun, um die drängendsten Haushaltslöcher zu stopfen.

In den wirtschaftlich florierenden Küstenregionen im Osten des Landes bietet sich dafür aufgrund der stark gestiegenen Grundstückspreise insbesondere der Handel mit Bodennutzungsrechten auf Kosten der ländlichen Bevölkerung an, die für die entgangenen Rechte oft nicht oder nur unzureichend kompensiert wird. In wirtschaftlich schlechter entwickelten Gebieten im Inneren Chinas, wo Grund und Boden weniger hohe Renten abwerfen, sind es verstärkt die Geburt von Kindern und die Beisetzung von Angehörigen der ländlichen Bevölkerung, aus denen lokale Kader Profit zu schlagen versuchten. So verkauften manche Kommunalregierungen gegen teures Geld „Baby-Quoten“ für Geburten oberhalb der von der Familienplanungspolitik vorgesehenen Zahlen, setzten übermäßige Bußgelder an oder bemächtigten sich des Hausrats und Vermögens zahlungsunfähiger oder -unwilliger Familien. Für Erdbestattungen verstorbener Familienangehöriger würden horrenden Gebühren erhoben oder aber Einäscherungen angeordnet. In diesen mit „Leben und Tod“ verknüpften Finanzfragen säten lokale Kader damit besonders starken Groll unter der Bevölkerung, der sich immer häufiger in gewaltsamen Massenprotesten Luft mache.

Als aktuelles Beispiel nannte Yu Jianrong jüngste Proteste in mehreren Kreisen

in der Provinz Guangxi, wo sich im Mai dieses Jahres an Missbrauchspraktiken lokaler Familienplanungsfunktionäre gewalttätige Ausschreitungen entzündet hatten. In mehreren Fällen wurden kommunale Verwaltungsgebäude niedergebrannt und zahlreiche Personen verletzt. Vorangegangen war die Erhebung exzessiver Gebühren für „Über-Plan-Geburten“, die Konfiskation persönlicher Vermögenswerte oder andere Zwangsmaßnahmen lokaler Kader im Zusammenhang mit der Umsetzung staatlicher Familienplanungspolitik. Die Regierung setzte große Kontingente bewaffneter Sicherheitskräfte ein; mindestens zwölf Personen wurden in Gewahrsam genommen. Auch die heimischen Medien hatten über die Proteste berichtet. (C.a., 3/2007:119-121; DGB, 19.6.07, nach BBC PF, 10.7.07; Xinhua, 30.5.07, nach BBC PF, 31.5.07; XNA, 30.5.07; SCMP, 5.6.07; *P'ing Kuo Rih Pao*, 30.5.07, nach BBC PF, 21.5.07; IHT, 30.5.07)

Gesellschaft

Ole Döring und Björn Lindemann

Chinas neuer Gesundheitsminister Chen Zhu – zur Person

Chen Zhu, der am 29. Juni 2007 zu Chinas neuem Gesundheitsminister ernannt wurde (C.a., 3/2007:107), hat mit 54 Jahren bereits eine bewegte Karriere absolviert. Während der Kulturrevolution arbeitete er als einer von 17 Millionen „Jung-Intellektuellen“ für fünf Jahre im Reisanbau in der Provinz Jiangxi. 1975 wurde er

dort Barfußarzt und kehrte 1978 zum Studium nach Shanghai zurück. Die Ernennung Chens, der nicht Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas ist, unterstreicht die Entschlossenheit der Führung, Schlüsselposten nach Kriterien der fachlichen Exzellenz zu vergeben.

Chen wurde 1953 in Zhenjiang, Provinz Jiangsu, geboren. Seinen Master erhielt er 1981 in Shanghai. Als Molekulargenetiker und Hämatologe kam er wissenschaftlich schnell voran. Seit 1995 ist er Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zu deren Vizepräsident er im Jahr 2000 berufen wurde. Er erhielt zahlreiche Ehrenpreise für seine wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Verdienste, unter anderem den Top Grade Prize des Yangtze Scholar Awarding Program und, als erster Nichtfranzose, den Prix de l'Qise der La Ligue Nationale contre le Cancer. Als erstes Nichtparteimitglied im Kabinett seit den 1970ern war erst zwei Monate zuvor der in Deutschland ausgebildete Wan Gang als Wissenschaftsminister berufen worden. Der bisherige Gesundheitsminister Gao Qiang, der den Posten im Jahr 2005 von Wu Yi übernommen hatte, wird Vizeminister und bleibt Generalsekretär der Partei für das Gesundheitsministerium.

Chen Zhu entwickelte sich nach seiner Rückkehr im Jahr 1989 von Studienaufenthalt in den USA und Frankreich, wo er unter Daniel Cohen in Paris promoviert wurde, zu einem Shootingstar der Lebenswissenschaften. Sein Labor am Ruijin Hospital der Zweiten Medizinischen Universität in Shanghai gehörte zu den ersten, die sich in den 1990ern aus Kooperationsverträgen mit internationalen Pharmafirmen